

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 89 (2009)
Heft: 966

Artikel: Familienpolitik für alle
Autor: Lepori, Daniela / Spindler, Jürg de
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-168224>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Familienpolitik hiess früher meist Geburtenpolitik. Inzwischen steht die Chancengleichheit der Frauen im Vordergrund. In Zukunft muss die Rolle des Mannes neu überdacht werden.

(6) Familienpolitik für alle

Daniela Lepori & Jürg de Spindler

Bei Familienanliegen ist das Verhältnis zwischen Staat und Individuum, zwischen der Legitimität staatlicher Einflussnahme und den Grenzen der Privatsphäre eine besonders heikler Punkt. Inwieweit soll oder darf der Staat das Leben von Männern, Frauen und Kindern familienpolitisch beeinflussen? Und welche Ziele möchte man mit welchen spezifischen Instrumenten erreichen?

Im Rückblick auf das vergangene Jahrhundert in Westeuropa, war eine möglichst grosse Geburtenzahl Ziel der Familienpolitik: zu Kriegszeiten wurde Familie und Kinderrecht propagiert; im Zentrum stand der männliche Nachwuchs. Diese Zeiten sind zum Glück vorbei. Heute dienen familienpolitische Massnahmen primär der Chancengleichheit von Frauen und damit der Integration, der Gleichstellung und Wahlfreiheit. Dass damit neuerdings eine höhere Geburtenrate einhergeht, gehört zu den erfreulichen Zufällen politischer Intervention. In Europa lässt sich seit Mitte der 1980er Jahre ein positiver Zusammenhang zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Anzahl der Geburten beobachten.

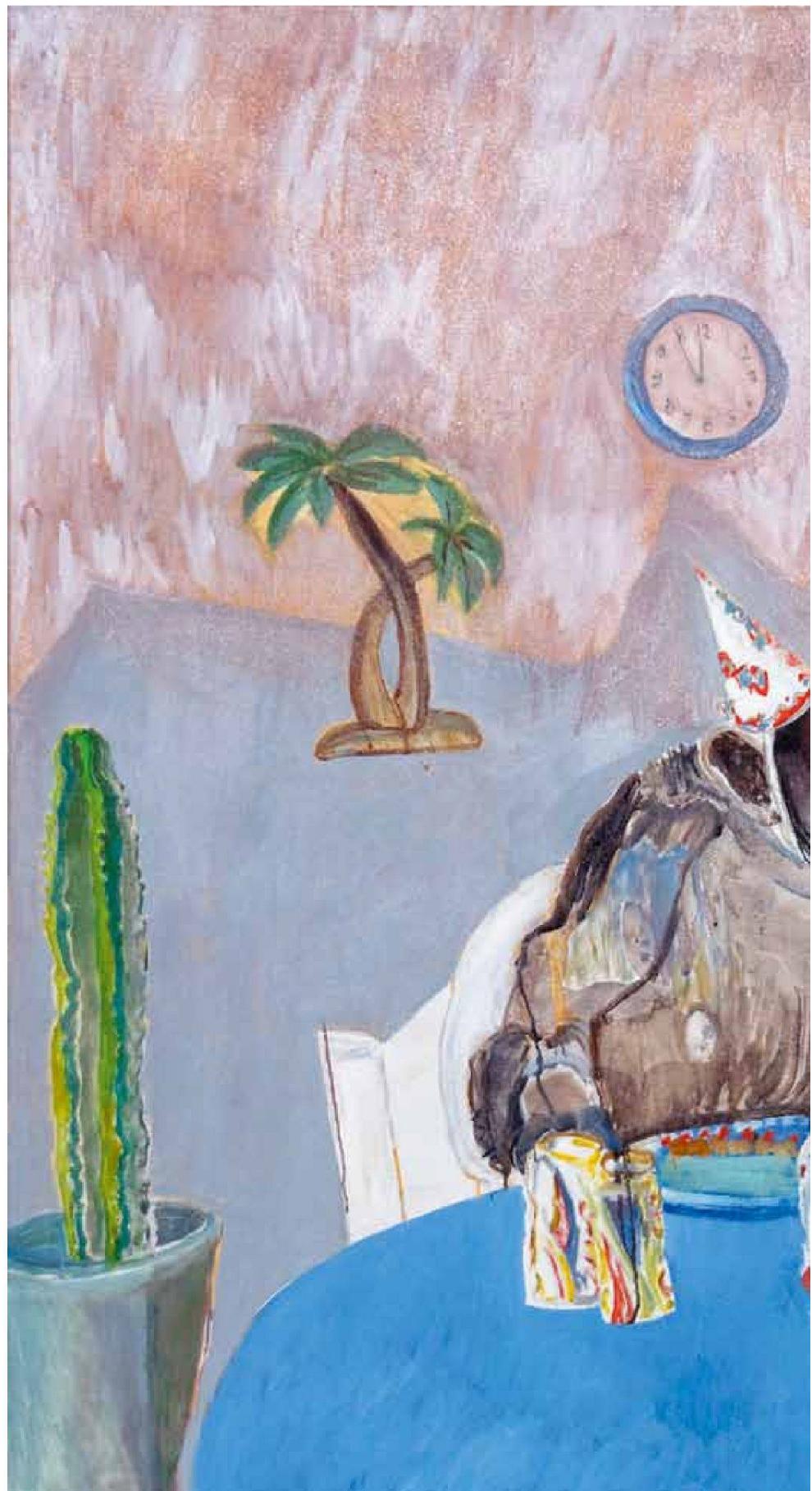
Es ist notwendig, die staatliche Familienpolitik an die Veränderung der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse anzupassen. Gerade weil die Familienpolitik – vielleicht mehr als andere Politikbereiche – die Schnittstelle zwischen Privatsphäre und staatlicher Einflussnahme in sehr heiklen Belangen – bis hin zu Zeugungs- und Erziehungsfragen – berührt, ist es notwen-

dig, die Wirkungen staatlicher Massnahmen mit Blick auf die angestrebten sozialpolitischen Ziele sehr genau zu analysieren. Bei der Entwicklung und Einführung zusätzlicher familienpolitischer Massnahmen ist deshalb nicht nur der kulturelle Kontext im Auge zu behalten, sondern ebenso der ordnungspolitische Rahmen zu berücksichtigen. Aus ordnungspolitischer Perspektive stellen sich im Zusammenhang mit familienrelevanten Themen unter anderen folgende Fragen: Inwieweit werden die familienpolitischen Anliegen schon durch die Bildungs-, Steuer- und Finanzpolitik abgedeckt? Wie kann der offenbar vorhandenen Nachfrage – etwa nach familienexterner Betreuung – durch den privaten Sektor entsprochen werden, bevor der Staat interveniert? Welche sozialpolitischen, baulichen oder sonstigen Hürden existieren, die Chancengleichheit, Gleichstellung oder Wahlfreiheit behindern, und wie könnten sie beseitigt werden?

In Europa findet sich etwa folgende familienpolitische Landschaft. In den südeuropäischen Ländern, wie Italien oder Spanien, gibt es praktisch keine Familienpolitik, wenn man darunter nennenswerte staatliche Anstrengungen versteht, die sich auch finanziell messen lassen. So lagen die Staatsausgaben für familienpolitische Massnahmen im Jahr 2005 in Italien bei etwa 0,8 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Dies hängt damit zusammen, dass in Südeuropa die traditionelle Familienstruktur hochgehalten wird. Entsprechend dominiert immer noch das Ernährermodell, bei dem die arbeitenden Frauen sozial und ökonomisch einen deutlichen Wettbewerbsnachteil erleiden, wenn sie sich für ein Kind entscheiden, sodass der Mann die Rolle des alleinigen Ernährers übernimmt.

Europäische Spitzenreiter in Sachen Familienpolitik sind die skandinavischen Länder. Ihr Familienmodell orientiert sich primär an der Gleichheit der Geschlechter, bei der Frau und Mann die gleichen Rechte und Pflichten im Berufs- und Familienleben haben. Dieses sogenannte *Adult-Worker*-Modell wird mit zahlreichen staatlichen Massnahmen unterstützt, deren Schwerpunkt in Infrastrukturen liegt, vor allem umfassenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und ältere Pflegebedürftige. In Dänemark besuchen neun von zehn Kindern die Kinderkrippe; und in drei von vier Familienhaushalten gehen sowohl die Väter wie auch die Mütter einer beruflichen Tätigkeit nach.

Gleichsam in der Mitte zwischen Norden und Süden gibt es liberale Länder, zu denen etwa





«Cheetha's Geburtstag», Öl/Leinwand, 140 x 150 cm, 2008

Grossbritannien und die Schweiz gehören. Diese Länder betrachten die Familie und ihre innere Organisation als Privatangelegenheit, weshalb der Staat kaum in die familiären Verhältnisse eingreift. Er beschränkt sich primär auf monetäre Leistungen sowie die Sicherung des Existenzminimums. In der Schweiz geschieht dies durch Familienzulagen, Steuerabzüge, Stipendien, die Leistungen der Mutterschaftsversicherung oder Bedarfsleistungen für Eltern. Nichtmonetäre Massnahmen, wie die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Beratungsdienste, werden eher der privaten Initiative und den Arbeitgebern überlassen oder aber nach dem Prinzip der Subsidiarität den Gemeinden überantwortet.

Diese Unterschiede der drei familienpolitischen Konzepte zeigen sich am deutlichsten in der Aufteilung der zur Verfügung stehenden staatlichen Gelder, auf direkte Transfers an die Familien einerseits und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur anderseits. Die Schweiz wendete 2005 1,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts für familienpolitische Massnahmen auf, davon 85

Noch immer gehört für männliche Angestellte und insbesondere solche in Kaderpositionen volle Verfügbarkeit zum Standard.

Prozent in Form finanzieller Leistungen und nur 15 Prozent für Kinderbetreuungseinrichtungen. In Dänemark, das im selben Jahr 3,7 Prozent seines Bruttoinlandprodukts aufwendete, flossen 60 Prozent der Gelder in Betreuungsinfrastrukturen und nur 40 Prozent als monetäre Transfers. Und in Italien, das nur 0,8 Prozent des Bruttoinlandprodukts in die Familienpolitik investiert, geht fast die gesamte Summe in die Transfers.

Als Folge der Globalisierung ist zur Zeit jedoch eine zunehmende Angleichung zwischen den Ländern festzustellen, da die Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen überall zunimmt und das Kinderkrankenangebot in ganz Westeuropa erweitert werden soll. Was diese Länder tendenziell unterscheidet, ist die Frage, ob die Betreuungseinrichtungen für die Kinder eher durch staatliche Hilfe oder über Privatinstitutionen finanziert werden sollen.

Durch die demographische Entwicklung der «doppelten Alterung» – weniger Geburten bei gleichzeitiger höherer Lebenserwartung – wird Westeuropa schätzungsweise ab 2012 mit Arbeitskräfteknappheit zu kämpfen haben. Keine Gesellschaft kann es sich unter diesen Umständen

leisten, auf gutausgebildete Frauen zu verzichten. Massnahmen wie beispielsweise die Teilzeitarbeit für junge Väter gewinnen deshalb an Bedeutung.

Teilzeitarbeit ist nach wie vor eine Frauendomäne: vier von fünf dieser zeitlich reduzierten Stellen sind von Frauen besetzt. Immer mehr junge Väter wollen eine aktive Rolle im Familienmanagement und in der Kindererziehung spielen. Entgegen ihren Wünschen werden sie jedoch von Unternehmen nur selten teilzeitangestellt. Noch immer gehört die volle Verfügbarkeit männlicher Angestellter und insbesondere der Kader zum Standard. Doch gerade junge Väter, die – zumindest vorübergehend – auf Teilzeit hinunterfahren, bleiben nicht bloss ihrem Unternehmen loyal verbunden – da sie an einer Festanstellung interessiert sind –, sondern sie gewinnen durch ihre Familienarbeit ebenfalls Gelegenheit, jene an den Frauen so geschätzten *soft skills* praktisch zu lernen. So gesehen, wäre ein Elternurlaub auch dem Mutterschaftsurlaub vorzuziehen. Eine Flexibilität der öffentlichen und privaten Arbeitgeber gegenüber solchen Familienmodellen wäre daher wünschenswert.

Eng verbunden mit dem Thema der Teilzeitarbeit junger Väter ist dasjenige von Job- und Topsharing. Männer nehmen in den Chefetagen der Wirtschaft noch immer rund 70 Prozent der Plätze ein, während Frauen in über 80 Prozent der Fälle den Hauptanteil an der Hausarbeit leisten. Eine verantwortungsvolle Aufteilung der Führungsarbeit zwischen zwei (oder auch mehreren) Personen ermöglicht es teilzeitarbeitenden Männern und Frauen nicht nur, eine anspruchsvolle Tätigkeit auszuüben, sondern gleichzeitig eine attraktive berufliche Laufbahn und ein befriedigendes Familien- und Sozialleben zu führen.

Firmen, die sich entsprechenden Arbeitszeitmodellen verschreiben, werden bessere Karten haben, wenn es darum geht, qualifizierte und talentierte Arbeitskräfte zu gewinnen. Bei Eltern kann man wegen ihrer auch finanziellen familiären Verpflichtungen davon ausgehen, dass sie solche bevorzugten Arbeitsmodelle nicht leichtfertig aufs Spiel setzen werden.

DANIELA LEPORI, geboren 1981, hat Soziologie studiert und ist Projektmitarbeiterin bei Avenir Suisse.

JÜRG DE SPINDLER, geboren 1969, ist promovierter Ökonom und externer Mitarbeiter bei Avenir Suisse.